



Samstag, 10. Februar 2024, 13:00 Uhr
~21 Minuten Lesezeit

Die Umwertung aller Werte

Die „Neue Normalität“, wie sie sich im Umgang der Mächtigen mit der Corona- und Ukraine Krise zeigte, war der Einstieg in ein Orwell’sches Szenario.

von Michael Schneider
Foto: oatawa/Shutterstock.com

Um eine Gesellschaft zu zerstören, muss man zuerst ihre Werte zerstören. Was hierbei hilft, ist der Angriff

auf die Sprache der Menschen, mit deren Hilfe diese ihre Welt wahrnehmen und beschreiben. Eine Verwirrung der Sprache, eine Umkehrung von deren gewohnter Bedeutung erzeugt eine Konfusion im Kopf, die den Menschen den Boden unter den Füßen wegzieht. Menschen, denen man ihre Sprache geraubt hat, sind für Machthaber leichter manipulierbar. Sie gleichen einem leeren Gefäß, in das interessierte Kreise ihre Propaganda einfüllen können. George Orwell hat diese Methode in „1984“ trefflich beschrieben. Und erinnern nicht viele heutige Narrative an die Dystopie des großen Schriftstellers? Ein ganzes Volk zu tyrannisieren und damit seelisch krank zu machen schützt die Gesundheit. Die Beihilfe zu kriegerischen Handlungen wird den Frieden erzwingen. Die Zerstörung einer bisher funktionierenden Energieversorgung nennt sich Energiewende. Und so weiter. Der Autor analysiert den Orwell'schen Umgang mit Wahrheit durch heutige Politiker und Medienvertreter und gibt uns so das Werkzeug in die Hand, den Angriff auf unseren Verstand und unsere Freiheit abzuwehren.

Zu den wichtigsten Methoden der Massen-Manipulation in

Orwells „1984“ gehört es, die Geschichte und damit die Erinnerung der Menschen auszulöschen – entsprechend der Parole des „Wahrheitsministeriums“: *Unwissenheit ist Stärke! *

Auch heute tun viele so, als seien die Coronajahre eigentlich gar nicht so schlimm gewesen. Diese für viele Menschen bedrückende,

ja traumatische Zeit wird übersprungen, und es wird so getan, als gäbe es wieder eine Art von „Normalität“ wie in der Zeit vor Corona. „Wenn wir keine Erinnerung mehr haben an das, was wir getan haben, oder an das, was uns angetan wurde, sind wir viel leichter zu missbrauchen durch Propaganda und Verführungen der Macht“, schreibt der Psychologie-Professor Klaus Jürgen-Bruder.

„Es ist eine Strategie der Normalisierung, dass man das, was passiert ist, auslöscht. Diese Auslöschung wird von der Politik derzeit betrieben“ (1).

Der Ruf nach einer Aufarbeitung der für viele Menschen traumatischen Coronajahre ist jetzt vielerorts zu hören. Aufarbeitung, die den Namen verdient, setzt aber nicht nur die Rekonstruktion unserer Erinnerung, sondern auch die schonungslose Beschreibung und Analyse dessen voraus, wie es zu diesem gesellschaftlichen Albtraum gekommen ist; welche Kräfte und globalen Akteure hinter den Kulissen ihn heraufbeschworen und von ihm profitiert haben. Und wie und mit welchen Methoden sie dabei vorgegangen sind.

Der Verlust der Wirklichkeit

Hanna Arendt beschrieb in ihren Werken die Unterdrückung der freien Debatte als eine der Grundvoraussetzungen des Totalitarismus, der sich oft schleichend entwickelt. Über ihren ersten Besuch in Deutschland nach 1945 schrieb sie:

„Die größte Gefahr der Moderne geht nicht von der Anziehungskraft nationaler und rassistischer Ideologien aus, sondern von dem Verlust der Wirklichkeit. Wenn der Widerstand durch Wirklichkeit fehlt, dann wird prinzipiell alles möglich“ (2).

Seit fast drei Jahren verleugnen und streiten die westlichen Regierungen, die Mehrheit der Parlamente und Parteien, die obersten Gerichte, die Ton angebenden Medien, die Wissenschaftsverbände und Ethikkommissionen die Wirklichkeit in der Coronakrise vehement ab. Ja, sie bekämpfen sie regelrecht, indem sie versuchen, die freie öffentliche Debatte darüber zu verhindern – bis hin zur offenen Zensur, Diffamierung und Verleumdung der kritischen Stimmen. Unliebsame Kanäle auf YouTube werden abgeschaltet. Das Internet wird von speziellen Algorithmen nach sogenannten Falschinformationen durchkämmt, und diese werden gelöscht. Verfügen die Kritiker über einen Wikipedia-Eintrag, ist ihnen der diskriminierende Eintrag „Verschwörungstheoretiker“ sicher.

Gleiches gilt für die kritischen Stimmen zum Ukraine-Krieg. Auch hier existiert ein quasi offizielles Narrativ: Für die große Mehrheit der deutschen Politiker und Journalisten begann dieser Krieg erst am 24. Februar 2022. In dieser Sichtweise, die die lange und komplexe Vorgeschichte dieses Krieges ausklammert, fungiert Wladimir Putin als der alleinige Aggressor. Tatsächlich aber begann der Krieg in der Ukraine bereits acht Jahre zuvor – mit dem blutigen Massaker auf dem Maidan und mit dem vom State Department und US-Geheimdiensten finanzierten und unter Beteiligung von ukrainischen Bandera-Faschisten organisierten Putsch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Wiktor Janukowytsch.

Nach UN-Angaben hat der innerukrainische Bürgerkrieg von 2014 bis 2018 rund zu 13.000 Toten geführt, darunter 3.300 Zivilisten (3). Haben wir je davon in unseren Medien gehört oder gelesen? Hat eine westliche Regierung jemals öffentlich protestiert oder gar Sanktionen gegen die Kiewer Regierung gefordert, die den Donbass permanent beschießen, das heißt die eigenen, zumeist russischsprachigen Landsleute massakrieren ließ? Wer es wagt, solche Fakten heute in die öffentliche Debatte einzubringen, wird

sofort als „Putin-Versteher“ und „Putin-Troll“ diffamiert. Und muss sogar damit rechnen, unter Verweis auf das neue juristische Wortungetüm „Delegitimierung des Staates“, strafrechtlich verfolgt zu werden.

Nicht erst mit dem Ukrainekrieg, sondern bereits unter dem Coronaregime, haben die von Orwell in „1984“ beschriebenen Herrschaftstechniken Doublethink (Doppeldenk) und Newspeak (Neusprech) zum ersten Mal richtig die Oberhand gewonnen.

Der Werte-Westen im Ukraine-Kriegstaumel: Diese Geschichte lässt sich nicht erzählen, ohne auf ihre Abkunft von der Wahnidee der Pandemie zu verweisen: Ganze Bevölkerungen wurden in Panik versetzt, indem ihnen eingetrichtert wurde, man müsse „Krieg führen gegen ein Killervirus“.

Dabei gab es dieses einzig und allein in den abstrakten Modellierungen einflussreicher Virologen, die von Big Pharma gesponsert und von der Politik gehypt wurden. „Solidarisch“ zu sein, hieß auf einmal, menschliche Kontakte möglichst zu meiden, eine Gesichtsmaske zu tragen, vereinzelt zu leben und nicht selten ohne Kontakt mit den Angehörigen zu sterben. „Krank“ konnte man sein, ohne etwas davon zu spüren, als Geimpfter und Geboosteter galt man trotzdem als ansteckend, konnte angesteckt werden und auf der Intensivstation landen.

Besonders tückisch an diesem Narrativ war das Postulat des „symptomlosen Kranken“, der als „Superspreader“ alle anderen gefährdet, was den Argwohn aller gegen alle befeuert und zu einer kompletten Beweislastumkehr führt: Jeder Mensch, auch der Gesunde, wurde zum noch nicht überprüften Verdachtsfall und potenziellen Gefährder und musste über tagesaktuelle Tests oder Impfungen seine „Unschuld“ beweisen. Tat er dies nicht, galten Aussonderung und Restriktion als zulässige Notwehrmaßnahmen

der Gesellschaft.

Wesentlich war schon hier der Totalausfall jeglicher Realitätsprüfung. Grundlage der Durchsetzung von nie dagewesenen Einschnitten in Bürger- und Grundrechte waren nicht etwa sorgfältige wissenschaftliche Untersuchungen, sondern das offizielle Narrativ. Das heutige Äquivalent dieser Antilogik ist, dass niemand selbst den Begriff des Friedens nicht mehr unschuldig in den Mund nehmen kann, weil sogar die kriegslüsterne Ukraine-Solidarität der EU in Gestalt immer neuer Waffenlieferungen, auch von völkerrechtlich geächteten Streubomben, scheinheilig als „Friedensfazilität“ etikettiert wird: „Mit Waffen Frieden schaffen“ oder im Baerbockschen Doublespeech: „Durch Waffen Menschenleben retten“.

Wo Wörter innerhalb kürzester Zeit ihre Bedeutung verlieren und die genau umgekehrte annehmen, wo die Dinge gleichsam über Nacht einen anderen Namen bekommen und ihnen nichts Sinnlich-Greifbares mehr in der Erfahrung korreliert, da ist, wie in Orwells dystopischem Roman „1984“, die unvermeidliche Folge die Zerstörung von Denken und Sprache – und letztlich die Zerstörung der Demokratie, mag diese als formale und entkernte Institutionen-Hülle auch weiterhin existieren.

„Die Impfung“ sagte die österreichische Justizministerin bei der Pressekonferenz zur Impfpflicht am 3. Februar 2022, „ist der einzige Weg raus aus der Demokratie“. „Raus aus der Pandemie“, wollte sie eigentlich sagen. Und ahnte wohl nicht, wie sehr ihr Freud'scher Versprecher den Nagel auf den Kopf traf.

Die Schockstrategie

Zum Arsenal der Geheimdienste gehört seit Langem die Manipulation von Menschen und Gruppen mit einer Strategie, die mit dem sogenannten DDD- Syndrom arbeitet. DDD steht für Deception (Ausschaltung des Denkvermögens), Dependency (Abhängigkeit) und Dread (Schrecken). Es genügt, die Menschen in Angst und Schrecken zu versetzen, sie voneinander zu isolieren und ihre alltäglichen Gewohnheiten außer Kraft zu setzen. So verlieren sie den Kontakt zu sich selbst, werden depersonalisiert und nach Belieben form- und manipulierbar. Im Zuge der „Neuen Realität“ wurde diese Geheimdienst-Methode in Deutschland sogar zum Regierungsprogramm.

Um der deutschen Bevölkerung die offenbar schon voraus geplanten Lockdowns und die massivsten Einschränkungen der Grundrechte und Freiheiten seit Bestehen der Bundesrepublik als notwendige und alternativlose Maßnahmen „zum Schutze ihrer Gesundheit“ zu verkaufen, hatte das Bundesinnenministerium im Frühjahr 2020 eine Schockstrategie erarbeiten lassen: „Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen“ (4).

Sie wurde von einem mutigen Mitarbeiter des Ministeriums geleakt und so der Öffentlichkeit bekannt. Das Papier, das interessanterweise von einer – so wörtlich – „prozentual unerhebliche(n) Fallsterblichkeit“ ausgeht, entwickelt extrem zynische Strategien: Es schlägt Medienberichte über den qualvollen Tod von Vater oder Mutter vor, die von ihren Kindern angesteckt wurden.

„Wenn sie (die Kinder) das Gefühl haben, schuld daran zu sein, weil sie zum Beispiel vergessen haben, sich nach dem Spielen die Hände zu waschen, ist es das Schrecklichste, was ein Kind je erleben kann.“

Weiter wird den Medien empfohlen, die Urangst vor dem Erstickungstod zu wecken. Schließlich soll die Gefahr der Triage beschworen werden, das heißt die schreckliche Wahl von Ärzten,

wen sie wegen Überlastung der Intensivstationen sterben lassen sollen und wen nicht.

Alle diese Horror-Szenarien tauchten in der ein oder anderen Ausformung in Hunderten von Fernsehberichten von ARD und ZDF tatsächlich auf. Angst und Panikmache wurden in den Medien zum Dauer-Programm. Mit der Begründung, eine Entlastung des Gesundheitssystems verhindern zu müssen, wurden schließlich alle sogenannten Corona-Schutzmaßnahmen, von den Schul- und Kita-Schließungen bis zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht, durchgesetzt.

Aber war diese Überlastung überhaupt Realität? Eine Analyse der gesamten Krankenhausbelegung 2020 in Deutschland, die im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung erstellt wurde, ergab folgendes Bild. Gunter Frank:

„Es herrschte in deutschen Krankenhäusern während des Corona-Jahrs 2020 historische Unterbelegung und der Anteil der COVID-Patienten betrug im Schnitt lediglich 2 %. In Worten: ZWEI PROZENT. Und höchstens 5 % in der Zeit der größten Infektionswelle“ (5).

Den gründlichen Recherchen des Journalisten Walter van Rossum und des Datenspezialisten und Programmierers Tom Lausen zufolge – vergleiche ihr gemeinsames Buch „Die Intensivmafia. Von den Hirten der Pandemie und ihren Profiten“ (6), – gab es nie eine Überlastung des Systems. Im Jahr 2020 nicht und auch nicht in 2021.

Dafür, dass die Beatmungsfälle zugenommen hatten, gab es eine einfache Erklärung: Es gab dafür einen finanziellen Anreiz. Im Zentrum der Behandlung von COVID-19-Patienten auf den Intensivstationen stand die künstliche Beatmung. Die Bundesregierung zahlte für jedes neu eingerichtete Intensivbett mit

Beatmungsgerät 30.000 Euro, egal, ob Personal dafür bereitstand oder nicht. Insgesamt haben bundesdeutsche Krankenhäuser 626 Millionen Euro erhalten, obschon es von Anfang an Berichte gab, dass vorschnelle invasive Beatmungen im Falle von COVID-19 vorzeitig zum Tod führten. Der Anschein eines Engpasses im deutschen Gesundheitswesen und der Bettenknappheit wurde bewusst erzeugt, um damit erst die Lockdowns und später die Impfkampagne zu rechtfertigen.

Zahlenbingo, Testrauschen und Angstpropaganda im Gewande der „Wissenschaft“

In ihrer berühmten Schrift „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ schreibt Hanna Arendt: Aufstrebende totalitäre Regime greifen typischerweise auf einen „wissenschaftlichen“ Diskurs zurück.

„Sie zeigen eine große Vorliebe für Zahlen und Statistiken, die schnell zu reiner Propaganda verkommen, gekennzeichnet durch eine radikale Missachtung der Fakten.“

Heute gebe es „geradezu eine moderne Hörigkeit gegenüber den Wissenschaften“ („follow the science“), verbunden mit einer „weitreichenden Infantilisierung – mit der Folge eines ... paradox anmutenden Totalitarismus ohne Knechtschaft, in dem die Menschen sich freiwillig entmündigen lassen“ (7).

Bekanntlich fußte das gesamte Drehbuch der Pandemie auf dem von Christian Drosten entwickelten fragwürdigen PCR-Test. 22 international renommierte Experten forderten im November 2021 in dem international bekannten Wissenschaftsmagazin *The Lancet* die Rücknahme des PCR-Tests (8). Er sei als

Diagnoseinstrument völlig ungeeignet und nicht in der Lage, die jeweilige Viruslast zu messen. Denn nur bei einer hohen Viruslast besteht die Gefahr einer Ansteckung und ernsthaften Erkrankung. Trotzdem wurden positiv getestete Menschen zu Tausenden und Abertausenden in Quarantäne geschickt, auch dringend benötigte Pflegekräfte aus Krankenhäusern, Senioren- und Pflegeheimen. Dem Mediziner Wolfgang Wodarg zufolge muss den Machern dieser Tests vollkommen klar gewesen sein, dass sie durch Testungen sehr hohe Zahlen von „Fällen“ generieren können:

„Gemessen wurde und wird in der angeblichen Pandemie letztendlich nur die Testaktivität, nicht das Infektionsgeschehen“ (9).

Die Wissenschaft im freien Fall: Wissenschaftler haben ebenso wie gewisse, bis dahin hoch angesehene wissenschaftliche Zeitschriften und Institutionen nicht nur sämtliche Regeln guter wissenschaftlicher Praxis über Bord geworfen, sondern sich auch in bisher kaum dagewesener Weise der Politik angedient. Was ist von den offiziellen Zahlen und Statistiken einer Behörde zu halten, die nicht einmal zwischen denen unterscheiden will, die *an* und die *mit* dem Coronavirus gestorben sind? Angesichts der „prozentual unerheblichen Fallsterblichkeit“ war diese dreiste statistische Finte bestens geeignet, die Fallzahlen hochzutreiben.

Am 26. März 2021 veröffentlichten der weltweit meist beachtete und zitierte Epidemiologe und Statistiker Professor Iannis Ioannidis und sein Team von der Stanford-University eine neue Meta-Studie (10), die mehr als 50 Länder einbezog. Die globale Infektionssterblichkeit lag demnach bei 0,15 Prozent – mit 1,5 bis 2,0 Milliarden Infektionen bis Februar 2021. Das bedeutet: Von allen Infizierten weltweit – inklusive aller Altersstufen und Vorerkrankungen – überleben im Mittel 99,85 Prozent.

Ohne die ständigen Horrormeldungen, den schrillen Alarmismus der Politiker, Gesundheitsminister und Regierungs-Virologen, ohne das

opportunistische Ja-Sager- und Mitläufertum eines Großteils der Ärzteschaft und ihrer berufsständischen Organisationen, ohne die strikten 2G-Regelungen der Universitäten, Kirchen und öffentlichen Institutionen und ohne die immer länger werdenden Warteschlangen vor den Testzentren wäre kein vernünftiger Mensch auf die Idee gekommen, dass die Welt „von einer Tod bringenden Seuche“ heimgesucht wird, gegen die es angeblich nur ein Mittel gab: Die Gen-Spritze in den Oberarm!

Pfizer-Gate und das genetische Tschernobyl

Vor mehr als zwanzig Jahren schrieb der Biochemiker und Wissenschaftsphilosoph Erwin Chargaff, der zum prominentesten und schärfsten Kritiker der modernen Biotechnologie geworden ist:

„Die Inbesitznahme, Vermarktung und Instrumentalisierung des menschlichen Erbgutes ist komplett in das Machtgefüge der Kapitalmärkte übergegangen. Für das terminale Genopoly werden rigoros die letzten Claims abgesteckt. Das Gen als hysterische Metapher und Goldenes Kalb regiert die Epoche. Das genetische Tschernobyl steht uns erst noch bevor“ (11).

Prophetische Sätze, die sich auf gespenstische Weise bewahrheiten sollten.

Die Behauptung, die COVID 19-Vakzine seien „sicher und wirksam“, obwohl sie nur eine Notfallzulassung erhalten hatten, wurden von der WHO, der EU, von Politikern, Konzernchefs, Gesundheits- und Zulassungsbehörden sowie den Mainstream-Medien über drei Jahre gebetsmühlenartig wiederholt. Dabei wussten die Zulassungsbehörden und erst recht die Pharmafirmen von Beginn an, dass die Behauptungen unwahr sind und von den Fakten

eindeutig widerlegt wurden. Eben deshalb wollte Pfizer zigtausend Unterlagen geheim halten.

Doch die amerikanische Zulassungsbehörde FDA musste auf Entscheidung eines texanischen Bezirksgerichts sämtliche Unterlagen Pfizers sukzessive öffentlich machen. Auf Initiative der bekannten US-amerikanischen Journalistin Naomi Wolf hat ein Team von circa 3.500 Anwälten, Wissenschaftlern und Ärzten sich an die Auswertung der Pfizer-Dokumente gemacht – mit haarsträubenden Ergebnissen. Hier wenige Auszüge:

- Bereits ein, zwei Monate nach Markteinführung der COVID-Injektionen erhielt Pfizer so viele Berichte über „unerwünschte Ereignisse“, dass der Konzern 2.400 Vollzeit-mitarbeiter einstellen musste, um die Flut der Beschwerden und Anträge der durch die Impfung Geschädigten zu bearbeiten.
- Pfizer und die FDA hielten vier Monate lang Informationen darüber zurück, dass die Impfungen bei Jugendlichen schwere Herzschäden verursachten, während eine aggressive Propagandakampagne viele Tausende dazu brachte, sich weiter spritzen zu lassen.
- Pfizer wusste, dass die gefährlichen Lipidnanopartikel der Spritze, in denen die mRNA-Baupläne für die Produktion von Spikes verpackt sind, nicht an der Injektionsstelle verbleiben, sondern sich innerhalb von 48 Stunden im ganzen Körper, auch in den Gonaden, verteilen.

Die Pfizer-Dokumente bestätigen mehr als 42.000 „unerwünschte Ereignisse“, sprich: „schwere Nebenwirkungen,“ einschließlich 1.200 Todesfälle, allein in den ersten drei Monaten nach Beginn der Gen-Injektionen“ (12).

Wen wundert es da noch, dass Pfizer in den Lieferverträgen mit der EU darauf bestand, von allen Haftungsansprüchen befreit zu werden?

Eine andere Frage ist, warum die EU und ihre allzeit bereite Kommissionspräsidentin Pfizer zusätzlich zur Haftungsbefreiung ein

Quasi-Monopol für den EU- Impfstoffmarkt bescherten, und warum sie bis heute hartnäckig die Herausgabe der vertragsvorbereitenden SMS-Nachrichten und E-Mails zwischen Ursula von der Leyen und dem Pfizer-CEO Albert Bourla verweigern. Dass ein gewinnorientierter Konzern zu illegalen Praktiken greift, ist in der Geschichte nichts Neues. Aber dass sowohl die EU-Kommission als auch die deutsche Regierung mit den von ihnen abgeschlossenen Verträgen das Risiko schwerer gesundheitlicher Schäden und ungezählter Todesfälle bewusst in Kauf nehmen – das manifestiert eine neue Stufe von verantwortungslosem Regierungshandeln, wenn nicht Schlimmeres.

Wie immer mehr validierte und publizierte Studien zeigen, ist die Bandbreite der Schädigungen so groß, dass einem der Atem stockt: Herzinfarkte, Herzmuskel- und Herzbeutel-Entzündungen, plötzliche Todesfälle von Kindern, Jugendlichen und bekannten Sportlern, Hirn-Venen-Thrombosen, Totgeburten, Missbildungen und Aborte, Turbokrebs, Augenschädigungen, Lähmung und besondere Anfälligkeit für Atemwegsinfekte.

Dennoch wird der Zusammenhang dieser Schädigungen mit den vorangegangenen „Impfungen“, sprich: mRNA- Injektionen, von den Politikern und Gesundheitsbehörden hartnäckig geleugnet. Dabei überschlagen sich die Lokalzeitungen mit Krisenmeldungen wegen Personalmangels aufgrund erhöhter Krankschreibungen. Dr. Andreas Hoppe:

„Wie üblich wird dabei die COVID-19-Impfung als Faktor nicht erwähnt, auch wenn der besonders hohe Krankenstand bei hochgeimpften Berufsgruppen auffällt“ (13).

Und das Schockierendste: Die Übersterblichkeit steigt, statt zu fallen. Am 24. April 2023 erklärte der Ärztliche Berufsverband „Hippokratischer Eid“:

„Die beängstigende Übersterblichkeit seit Impfbeginn setzt sich auch im Jahr 2022 fort, und die Hotlines der Impfpflichter-Hilfestellen sind überlaufen“ (14).

Auch belegt die jüngste Eurostat-Studie (15), dass in den EU-Ländern mit hoher Impfquote die Übersterblichkeit in der Regel höher ist als in denen mit niedrigerer Impfquote.

Bezeichnenderweise wurde in der moralisch aufgerüsteten öffentlichen Debatte, wie mit den „unpatriotischen“ und „unsolidarischen“ Impfunwilligen zu verfahren sei, das entscheidende ökonomische Motiv der globalen Massenimpf- und Booster-Kampagnen völlig ausgespart. Schließlich ist die öffentliche Gesundheit, neben der Rüstungsindustrie, der bei weitem profitabelste Sektor der Weltwirtschaft geworden. Die potenziell unendliche Nachfrage nach Impfstoffen und experimentellen Genpräparaten bietet den Pharmakartellen die Aussicht auf nahezu unbegrenzte Gewinne, insbesondere, wenn sie durch Massenimpfprogramme mit Booster-Abos garantiert werden, die mit öffentlichen Geldern subventioniert werden. Das heißt mit Schulden, die uns und unsere Kinder schwer belasten werden.

„Warum“, fragt Fabio Vighi, Professor für Kritische Theorie an der Cardiff University in Wales, Großbritannien, „der gesamten Menschheit (einschließlich der Kinder) experimentelle ‚Impfstoffe‘ mit immer besorgniserregenderen, aber systematisch heruntergespielten Nebenwirkungen injizieren, wenn mehr als 99 Prozent der überwiegend symptomlos Infizierten, wieder genesen? Die Antwort liegt auf der Hand: Weil Impfstoffe das Goldene Kalb des dritten Jahrtausends sind, während die Menschheit als Versuchskaninchen der ‘letzten Generation‘ geopfert wird“ (16).

Corona und die systemische Krise des Weltfinanzsystems

Bleibt die entscheidende Frage: Wovor sollte die Welt eigentlich gerettet werden, als die WHO am 11. März 2021 die Coronapandemie ausrief? Wenn nicht vor einer Tod bringenden Seuche – wovor dann? Und warum ließen Weltbank und IWF über den International Monetary Fund achtzig Staaten sofort Finanzhilfen von insgesamt 87,8 Milliarden US-Dollar zukommen, teils als Kredite, teils in Form von Schuldenerlassen – ausdrücklich deklariert als „COVID-19 Financial Assistance and Debt Service Relief“ (17)? Das heißt, diese Gelder flossen nur, wenn die Empfängerländer die Seuche so bekämpften, wie die WHO das vorgesehen hatte.

Und warum – fragt Fabio Vighi weiter – sollten „die ansonsten skrupellosen herrschenden Eliten beschlossen haben, die globale Profitmaschine angesichts eines Krankheitserregers einzufrieren, der fast ausschließlich die „Unproduktiven“ über 80-Jährigen trifft? Wozu der ganze humanitäre Eifer? Cui bono?“ (18). Vighi folgt der Spur des Geldes und stellt fest: In den Monaten vor COVID stand die Weltwirtschaft am Rand eines gigantischen Zusammenbruchs.

Ab Sommer 2019 hatte sich im Weltfinanzsystem, genauer auf dem Repo-Markt, ein enormer Druck aufgebaut. Was sind Repos? Es sind kurzfristige, besicherte Kredite. Und die Hauptfinanzierungsquelle für die Händler auf den meisten Märkten, insbesondere auf den Derivate-Märkten. Jeder Zinsanstieg ist daher potenziell katastrophal für Banken, Hedgefonds, Pensionsfonds und den gesamten Markt für Staatsanleihen, weil dann die Kosten für die Kreditaufnahme steigen und die Liquidität versiegt. Genau das geschah bei der „Repokalypse“ im September 2019: Die Zinssätze stiegen innerhalb weniger Stunden von 2 auf 10,5 Prozent, und es brach Panik aus, die auch die Realwirtschaft zu erfassen drohte. Vighi:

„Die einzige Möglichkeit, die Ansteckung zu entschärfen, bestand darin, so viel Liquidität wie nötig in das System zu pumpen – wie Hubschrauber, die Tausende von Litern Wasser auf einen Flächenbrand abwerfen. Zwischen September 2019 und März 2020 pumpte die Fed mehr als 9 Billionen Dollar in das Bankensystem, was mehr als 40 Prozent des US-BIP entspricht“ (19).

Allein diese unvorstellbare Summe zeigt, wie dramatisch die Situation war: Die Welt stand am Rande eines neuen Kollapses. Aber mit Hilfe der Lockdowns und der weltweiten Aussetzung wirtschaftlicher Transaktionen war es der Fed möglich, einerseits die maroden Finanzmärkte mit frisch gedrucktem Geld zu versorgen und gleichzeitig – das ist der springende Punkt! – die Gefahr der Hyperinflation zu bannen. Nur das künstliche wirtschaftliche Koma der weltweiten Lockdowns gab der US-Zentralbank den Spielraum, die im Finanzsektor tickende Zeitbombe zu entschärfen.

Warum aber musste es überhaupt soweit kommen?

Die beispiellose Beschleunigung der technologischen Automatisierung seit den 1980er Jahren hat dazu geführt, dass mehr Arbeitskraft aus der Produktion ausgestoßen wird als wieder aufgenommen werden kann. Die Folge ist zum einen die Schrumpfung des Lohnvolumens, wodurch die Kaufkraft eines wachsenden Teils der Weltbevölkerung sinkt, was zwangsläufig zu Verschuldung und Verelendung führt.

Zum anderen flüchtet das Kapital, weil die arbeitsbasierte Wirtschaft nicht mehr genügend Profit abwirft, auf die Finanzmärkte. Und genau darin liegt, wie Vighi zeigt, das Dilemma: Der Kapitalismus befindet sich heute in einer ausweglosen strukturellen Sackgasse.

Schon anlässlich der Weltfinanzkrise von 2008/09 erklärte

Immanuel Wallerstein (20), der Doyen der Weltsystem-Theorie: Die realen Akkumulationsmöglichkeiten dieses Systems seien an ihre Grenzen gestoßen, weil das Lohnarbeitssystem nicht mehr genug Profit abwirft, und auch deshalb, weil die aufholenden und wirtschaftlich erstarkten Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien, die heutigen BRICS-Staaten, dem bislang ungehinderten Reichtumstransfer von der Peripherie ins Zentrum mehr und mehr Grenzen setzen. Wallerstein prognostiziert einen epochalen Umbruch, in der Dimension vergleichbar jenem, der beim Übergang vom 16. ins 17. Jahrhundert die Ablösung des Feudalismus durch den Frühkapitalismus einleitete.

Das verschwiegene sozioökonomische Motiv des globalen COVID-Krises und auch des Ukraine-Krieges muss daher im Kontext dieses epochalen Umbruchs gesehen werden, der vor unseren Augen abläuft. Auch wenn das politische System scheinbar noch demokratischen Regeln folgt, in der Substanz ist es längst ausgehöhlt. Vighi spitzt das so zu:

„Kratzt man an der Oberfläche des offiziellen Narrativs, nimmt ein neofeudales Szenario Gestalt an. Massen von zunehmend unproduktiven Konsumenten werden reglementiert und ausrangiert, weil Herr Global nicht mehr weiß, was er mit ihnen anfangen soll. Zusammen mit den Unterbeschäftigten und den Ausgegrenzten sind die verarmten Mittelschichten nun ein Problem, dem man mit der Peitsche von Lockdowns, Ausgangssperren, Massenimpfungen, Propaganda und der Militarisierung der Gesellschaft zu Leibe rückt“ (21).

Ein augenscheinliches Symptom für diese systemische Krise ist der neuerdings zu beobachtende dramatische Verfall der US-Staatsanleihen. „Bankenbeben droht. US- Finanzinstitute sitzen auf 650 Milliarden Dollar Miesen“, titelte *Focus online* am 18. November 2023. US-Staatsanleihen, der wichtigste Referenzmarkt der Welt, verlieren ihren Status als sicheren Hafen. Solange sie weltweit

begehrt und als sichere Kapitalanlage galten, konnten die USA wie ein Staubsauger das Kapital der ganzen Welt ansaugen, Dollars aus dem Nichts drucken und sich ad infinitum verschulden, ohne den Staatsbankrott gewärtigen zu müssen.

Inzwischen aber werden US-Staatsanleihen von immer mehr Ländern, vor allem von Chinas Staatsbank in großem Umfang abgestoßen. Damit sie überhaupt noch Käufer finden, muss das US-Finanzministerium den Zins der Anleihen immer weiter erhöhen, das aber heißt, die astronomische US-Staatsverschuldung in noch Schwindel erregendere Höhen treiben.

Ein weiteres Indiz: Die Ära des Petro-Dollars, der den USA lange Zeit das Monopol auf die Weltreserve-Währung sicherte, geht zu Ende. Die entstehende multipolare Weltordnung, das Bemühen der BRICS-Staaten, den Handel untereinander, auch den Handel mit Öl, nicht mehr wie bisher in Dollar, sondern vermittelt eigener Währungen zu betreiben, vor allem aber der Aufstieg der VR China zur dominanten Weltwirtschaftsmacht – in all dem sehen die von Hybris getriebenen US-Eliten eine existentielle Bedrohung ihrer globalen Hegemonie. Sie spüren, dass ihre bisherige Stellung als einziger Weltmacht Geschichte ist.

Eben das macht sie so aggressiv und skrupellos – auch im Umgang mit ihren bislang treuesten und gefügigsten Vasallen, den Deutschen. Die von US-Präsident Joe Biden angekündigte Zerstörung der Nordstream 2-Pipelines markiert unübersehbar die „Neue Normalität“ in den deutsch-amerikanischen Beziehungen. Und die so gedemütigte deutsche Regierung wagt nicht die kleinste Reaktion.

**Weltgesundheitsdiktatur und
„Wahrheitsministerium“ auf globaler**

Ebene?

Mit Blick auf die tektonischen Verschiebungen im derzeitigen Weltgefüge war es denn auch eine Illusion zu glauben, dass mit dem offiziellen Ende der „Pandemie“ eine gesellschaftliche „Normalisierung“ eintreten würde. Zwar ist der Ausnahmezustand zurzeit nicht mehr direkt spürbar; die QR-Zertifikate, Masken und Medienberichte über das „Killervirus“ sind weitgehend verschwunden. Dafür ging die Deeskalation des Krieges gegen COVID-19 nahtlos in die Eskalation des Krieges in der Ukraine über, wobei Wladimir Putin das Virus als Staatsfeind Nr. 1 ablöste – wie aus dem Lehrbuch der Hollywood-Dramaturgie.

Überhaupt haben die Eliten ihre „Great Reset“-Agenda keine Sekunde aus dem Auge verloren: Mit Hochdruck wird an der Einführung der digitalen Patientenakte, des „digitalen Wallets“ und des digitalen Zentralbankgeldes gearbeitet. Was eine totale Kontrolle des Finanzstatus und der Finanzbeziehungen jedes einzelnen Bürgers zur Folge haben wird.

Auch haben die UN kürzlich erklärt, dass sie in Zukunft Partnerschaften mit den wichtigsten Suchmaschinen und Social-Media-Plattformen eingehen wollen, um zu beeinflussen, welche Inhalte die Nutzer im Zusammenhang mit dem Klimawandel lesen können und welche nicht. Damit würde ein weiteres riesiges Heer von sogenannten Faktencheckern installiert, würde eine Art Orwell'sches „Wahrheitsministerium“ mit globaler Reichweite entstehen.

Und sollten der „neue Pandemievertrag“ und die „neuen Gesundheitsrichtlinien“ der WHO bei der nächsten Generalversammlung im Mai 2024 die erforderlichen Mehrheiten finden, dann wäre, wie Harald Walach (22) überzeugend ausgeführt hat, der Weg zu einer „Weltgesundheitsdiktatur“ gebahnt. Dann

hätte der WHO-Direktor die Vollmacht, jederzeit eine Pandemie auszurufen und die Mitgliedstaaten zu sanktionieren, die sich nicht den Beschlüssen beugen. Dann bekämen wir eine nicht gewählte Schattenregierung auf Weltebene, bestehend aus Milliardären in multinationalen Konzernen und ihren sogenannten NGOs im Verbund mit WHO, IWF und Weltbank, die die Macht an sich gerissen hätten.

Aber so weit sind wir glücklicherweise noch nicht. Seit dem Ukraine-Krieg und insbesondere seit dem maßlosen Vergeltungskrieg Israels gegen die Hamas und dem Genozid an der Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen wenden sich immer mehr Länder des globalen Südens vehement gegen den sogenannten Werte-Westen und seine amerikanische Führungsmacht. In seinem jüngsten Interview erklärte der bekannte China-Experte Wolfram Elsner:

„Der Westen ist überall erkennbar im Niedergang. Wirtschaftlich und diplomatisch steht er mit dem Rücken zur Wand und bietet keine Leitbilder für eine multipolare Welt“ (23).

So gefährlich, beängstigend und in vieler Hinsicht dystopisch die Zeitläufte auch sind, vielleicht stehen wir gerade am Beginn einer neuen weltgeschichtlichen Epoche! Denn der weltweite Trend zur Multipolarität ist nicht mehr aufzuhalten.



Michael Schneider ist Schriftsteller, Publizist und Professor im Fachbereich Drehbuch an der Filmakademie Baden-Württemberg. Er veröffentlichte essayistisch-wissenschaftliche Werke zur deutschen Literatur und

Geschichte sowie zu sozialen und tiefenpsychologischen Themen, darunter die 1980 mit dem ZDF-Aspekte-Preis ausgezeichnete Zaubernovelle „Das Spiegelkabinett“. Zudem ist er Autor zweier historischer Romane: „Der Traum der Vernunft“ und „Das Geheimnis des Cagliostro“. Zuletzt erschien sein autobiografisch geprägter Roman „Ein zweites Leben“. Er ist Mitglied des Deutschen PEN-Zentrums, des Willy Brandt-Kreises, des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland sowie des Magischen Zirkels Berlin. Als politischer Zauberkünstler vereint er die alte Kunst der Illusion mit sozialer Aufklärung und politischer Satire.